

Hildegard Garming¹: Diskussionsbericht

In der Diskussion wurden verschiedene Fragen zu Forschungsbedarf und Forschungsmethodik in Bezug auf die Sichtweisen der Geflüchteten auf ihre Lebensumstände und die ländlichen Räume als Wohnort erörtert. Als besondere Herausforderung wurden dabei die sich ändernden Rahmenbedingungen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik sowie die Heterogenität der ländlichen Räume in Deutschland hervorgehoben. Angesprochen wurden insbesondere die Art der Unterbringung Geflüchteter, soziale Kontakte im Stadt-Land Vergleich, Eigeninitiative und Selbsthilfe und der Familiennachzug.

Art der Unterbringung

In mehreren Beiträgen ging es um die Vor- und Nachteile von dezentraler Unterbringung gegenüber der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften. Neben dem Argument, dass in kleineren Kommunen dezentrale Unterbringung häufiger anzutreffen ist, und dies den Kontakt zur einheimischen Bevölkerung fördert, wurde argumentiert, dass die Gefahr von Vereinsamung oder mangelndem Zugang zu Information sowie mangelnde Erreichbarkeit durch Behörden und Helferkreisen besteht. Gemeinschaftsunterkünfte haben Nachteile wegen fehlender Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten, dienen aber umgekehrt auch als Treffpunkt und Informationszentrum. Aus Verwaltungsperspektive haben Gemeinschaftsunterkünfte den Vorteil der Erreichbarkeit und einfacheren Betreuung der Geflüchteten.

Da die Art der Unterbringung ein wichtiger Aspekt der Lebensumstände der Geflüchteten ist, stellte sich die methodische Frage, inwieweit dies eine Rolle bei Befragungen spielen sollte. Eine einfache Einteilung in Gemeinschaftsunterkunft versus dezentral scheint nicht angemessen, da es eine breite Vielfalt von Modellen gibt. In der vorgestellten Studie von Herrn Kordel und Herrn Weidinger in Niederbayern diente das Kriterium, ob die Befragten einen eigenen Mietvertrag unterschrieben hatten, als Hinweis, ob sie in eigener – selbstgewählter – Wohnung leben oder in einer (irgendwie gearteten) Unterkunft.

Soziale Kontakte zu Deutschen und zu anderen Migranten im Stadt-Land Vergleich

In der Diskussion wurden sehr unterschiedliche Einschätzungen über die Möglichkeiten sozialer Kontakte in ländlichen Räumen versus Städten geäußert. Zwar ist es Konsens, dass in Städten mehr Migranten wohnen und somit der Anschluss an die eigene ethnische Gruppe einfacher ist. Inwieweit dies den Kontakt zu Deutschen oder gar die Integration befördert oder behindert, ist noch unklar. Sind Kontakte zu Deutschen in ländlichen Räumen wahrscheinlicher, weil es keine Alternative in der eigenen ethnischen Community gibt? Gibt es ein intensiveres Engagement von Ehrenamtlichen, da diese weniger Flüchtlinge zu betreuen haben? Oder gibt es insgesamt weniger soziale Kontakte? Spiegeln unsere Annahmen über die ländlichen Räume wirklich die Sicht-

¹ Thünen-Institut für Betriebswirtschaft, Braunschweig

weise der Geflüchteten wider oder eher unsere eigenen Vorurteile? Ist Kontakt zu Einheimischen einfacher oder schwieriger in kleineren Dörfern? Es wurde vermutet, dass es auf dem Land insbesondere für Familien mit Kindern einfacher sei. Es wurde auch nach regionalen Unterschieden gefragt, z. B. Rheinland versus Niedersachsen versus Bayern. Dazu kam auch der Hinweis, dass kulturelle Werte der Geflüchteten zum Teil durchaus ähnlich wie in konservativen ländlichen Gemeinschaften sein können, z. B. Bedeutung der Familie, der Religion und gemeinsame Feste.

Umgekehrt sind Kontakte zu Deutschen vielleicht nicht das Wichtigste für Geflüchtete, da auch andere Migranten Hilfestellung zur Integration bieten können. Sie können Mittler sein, z. B. türkisch sprachige Menschen, die Migrationserfahrung haben und auch die deutschen Behörden/Schulen/Vereine usw. kennen.

Eigeninitiative und Selbsthilfe Geflüchteter

Die vorgetragenen Beobachtungen aus Göttingen ergaben, dass Geflüchtete sich in einer Rolle erleben, in der sie keinen bzw. nur geringen Einfluss darauf haben, was mit ihnen geschieht, z. B. hinsichtlich Unterbringung, Versorgung, Asylverfahren. Daneben können sie nicht zwischen den verschiedenen Akteuren unterscheiden (Ausländerbehörde, BAMF, Ehrenamtliche usw.). Dem standen Beobachtungen aus Niederbayern gegenüber, wo Geflüchtete einen Lebensmittelladen und ein Restaurant eröffnet haben. Vor diesem Hintergrund wurde die Frage gestellt, wieviel Eigeninitiative von Flüchtlingen zu beobachten ist, hinsichtlich Selbstorganisation oder auch ökonomischer Selbstständigkeit; und inwieweit dieser Aspekt in den Untersuchungen berücksichtigt wurde. Bei den Befragungen in Niederbayern wurde nach Erfahrungen mit Selbstständigkeit im Herkunftsland gefragt. Dies war aber nur in geringem Umfang der Fall. Allerdings kann beobachtet werden, dass allmählich Strukturen aufgebaut werden, die es in anderen Orten durch die Arbeitsmigration z. B. von Türken bereits gibt. Es gibt also durchaus Eigeninitiativen von Flüchtlingen, oft in Form eines eigenen Ladens, der auch eine wichtige Rolle als Treffpunkt und Informationsbasis für die Neuankömmlinge spielt. Dabei ist wahrscheinlich in der Stadt die Infrastruktur besser, so dass der Handlungsbedarf für Neuankömmlinge geringer ist als in Dörfern, wo sie sich diese Strukturen u. U. erst selber aufbauen müssen.

Es wurde auch nach der Rolle von ehrenamtlicher Unterstützung gefragt. So kann etwa durch eine paternalistische Haltung von Ehrenamtlichen auch Eigeninitiative von Flüchtlingen gebremst werden. Es wurde berichtet, dass Seminare für Ehrenamtliche diese Rolle thematisieren und die Notwendigkeit vermitteln, die Selbstverantwortung bei den Flüchtlingen zu lassen.

Insgesamt werden bisher nur in sehr geringem Umfang Versuche zu gewerblicher Selbstständigkeit bei Flüchtlingen beobachtet, andere Themen wie Sprache und Arbeitssuche sind vermutlich vorerst vorrangig. Dazu kommt die Beobachtung, dass viele Flüchtlinge noch sehr stark in den Herkunftsländern bzw. in den erlebten Situationen der Flucht verhaftet sind. Über Internet und Handy ist die Verbindung sehr stark und das Ankommen und Sich-Einlassen auf den neuen Wohnort in Deutschland erschwert. Sicherheit in der aktuellen Lebenssituation ist eine Voraussetzung für Eigeninitiative und Integration.

Es wurde auch die Einschätzung geäußert, dass die Frage nach Eigeninitiative und aktiver Gestaltung einer Integrationsperspektive nur ein Thema für Personen mit einem guten Bildungsniveau, sogenannten „High-Potentials“ ist. Eine große Zahl von Geflüchteten sei auch mittelfristig eher nicht in der Lage, solche Erwartungen zu erfüllen, da ihnen die grundlegende Bildung fehlt, sie sich mit dem Spracherwerb sehr schwer tun, oder sich im deutschen Umfeld nur schwer zurechtfinden.

Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, auch den Frauen mit Kindern zu ermöglichen, die Integrationskurse zu besuchen und dafür Kinderbetreuung anzubieten. Die Lebensperspektiven der Frauen sind unterschiedlich und sollten auch ermöglicht werden. Insgesamt sind die Vorstellungen sehr unterschiedlich z. B. von so schnell wie möglich Geld verdienen über lieber in Ausbildung investieren oder lieber bei den Kindern zu Hause bleiben.

Familiennachzug

Es wurde herausgestellt, dass der Familiennachzug für viele Geflüchtete ein extrem wichtiges Thema ist. Die Einschränkung des Familiennachzugs für Syrer hatte für viele sehr starke Auswirkungen, da die Sorge um die Familie zum vorherrschenden Gedanken wird, der alles andere blockiert, z. B. Deutsch lernen. Der Familiennachzug ist auch für die Kommunen in ganz Deutschland ein wichtiges Thema, da derzeit keine Planbarkeit vorhanden ist, bedingt durch die Aussetzung bis März 2018, ohne dass es Informationen über anschließende Regelungen gibt.

Die Frage, ob ein geplanter Familiennachzug die regionale Orientierung in Deutschland beeinflusst, oder auch die Entscheidung über ländlichen oder urbanen Wohnort, wurde verneint. Andere Faktoren spielen hierbei eine Rolle, z. B. inwieweit die Ausländerbehörde als unterstützend erlebt wurde oder einen entsprechenden Ruf hat.

In dem vorgestellten Forschungsprojekt in Niederbayern spielte der Familiennachzug eine Rolle, da er für die Betroffenen Unsicherheit hervorruft. Andererseits gab es auch viele Befragte, vor allem aus Eritrea, für die dieses Thema nicht von Bedeutung war, z. B. da sie noch keine eigene Familie gegründet hatten.

Forschungsbedarf, methodische Herausforderungen bei der Befragung von Flüchtlingen

Bisher wird zwar viel auf die Rahmenbedingungen der Integration Bezug genommen, aber die Perspektive der Geflüchteten auf diese Rahmenbedingungen wird noch nicht abgefragt und deshalb umso weniger berücksichtigt. Für die Evaluierung von Integrationsprozessen ist diese Perspektive aber wichtig und für die Politikberatung auch notwendig. Auch eine genauere Evaluierung, wie sich Maßnahmen auf verschiedene Gruppen Geflüchteter (z. B. Frauen, Familien, Herkunftsländer, Religion) auswirken, wird benötigt. Dabei ist es schwer, in der Forschung mit den Bedürfnissen der Politikberatung Schritt zu halten, da die Themen so schnell wechseln. Der Raumbezug (Stadt, Land) sowie die Region sind wichtige Aspekte, die bisher nur unzureichend berücksichtigt wurden. Beispielsweise wäre es für die Integration vor Ort hilfreich, gezielter die Menschen auszuwählen, die sich in ländlichen Räumen wohlfühlen könnten: Aus der Perspektive

in einer Kleinstadt wären z. B. Familien eine bevorzugte Gruppe, die dann beim schnellen Deutsch lernen unterstützt würden, um einfachen Kontakt zu Einheimischen zu ermöglichen, der durch die Einbindung der Kinder in Kindergarten und Schule als unkompliziert eingeschätzt wurde. Im Unterschied dazu wurden in diesem Beispiel keine Kapazitäten gesehen, traumatisierte Menschen adäquat zu versorgen. Die Perspektive der Geflüchteten zu berücksichtigen ist auch methodisch eine große Herausforderung, da diese Gruppe durchaus heterogen ist hinsichtlich Sprache, Religion, kulturelle Werte, sozialstrukturelle Differenzierung. Letztere ist vielleicht genauso wichtig wie die Differenzierung nach urbanen und ländlichen Räumen.

In der aktuellen Studie zu den Lebenslagen Geflüchteter der Robert-Bosch-Stiftung wird der Raumbezug dadurch verankert, dass in drei Bundesländern jeweils Personen befragt wurden, die in schwach verdichteten ländlichen Kommunen oder in urbanen Kommunen wohnen. Dabei ist der Ansatz ein qualitativer Ansatz mit wenigen, aber sehr in die Tiefe gehenden Interviews. Ergänzend würden weitere Studien mit einer größeren Anzahl von Befragten in verschiedenen ländlichen und urbanen Räumen benötigt, um abgesicherte Ergebnisse für eine deutschlandweite Politikberatung zu gewinnen.

Bei den methodischen Herausforderungen ist zu berücksichtigen, dass sich die Perspektiven der Geflüchteten mit der Änderung des Aufenthaltsstatus, insbesondere mit der Anerkennung, ändern. Weitere Faktoren sind z. B. die Regelungen zum Familiennachzug, die Einführung einer Wohnsitzauflage bzw. die Ausgestaltung dieser Auflagen. Auch ist zu erwarten, dass befragte Personen sozial erwünschte Antworten geben, auch aus der Sorge, dass ihre Aussagen Auswirkungen auf das Asylverfahren und die Erteilung des Aufenthaltsstatus haben könnten. Andererseits bekommen sie Fragen gestellt, über die sie sich so noch keine Gedanken gemacht haben, und daher Schwierigkeiten haben, diese zu beantworten.

Die in der bayrischen Studie angewandten Methoden „mental map“ und „dream map“, bei denen mit Bildern und Narrativen gearbeitet wurde, versuchen, diese Herausforderungen zu adressieren. Weitere methodische Anregungen könnten aus der Ethnologie oder Anthropologie kommen.